

GESAGT GETAN GERECHT



**EINE
ZWISCHENBILANZ
JULI 2015**



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



GESAGT GETAN GERECHT



**EINE
ZWISCHENBILANZ
JULI 2015**

DEUTSCHLAND VORANBRINGEN



Seit anderthalb Jahren prägt die SPD-Bundestagsfraktion die Politik in unserem Land. Mit Erfolg: Deutschland geht es gut. Seit dem vergangenen Jahr ist unsere Wirtschaft auf Wachstumskurs zurückgekehrt. Mit fast 43 Millionen Erwerbstätigen haben wir einen neuen Beschäftigungsrekord erreicht. Die Arbeitslosigkeit sinkt.

Viele Verbesserungen, für die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lange gekämpft haben, werden im Alltag der Menschen spürbar: Mindestlohn. Frauenquote. ElterngeldPlus. Mehr BAföG, Kindergeld und Kitaplätze. Rentenreform und bessere Leistungen in der Pflege. Mietpreisbremse. Doppelpass. Reform der Energiewende. Ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden. Gleichzeitig: Milliardeninvestitionen in Bildung und Forschung, in Klimaschutz, Städtebau und Infrastruktur. Außerdem: Milliardenentlastung der Städte und Gemeinden für eine gute Daseinsvorsorge vor Ort.

Ohne die SPD-Bundestagsfraktion wären diese Fortschritte nicht denkbar gewesen. Das Leben der Menschen konkret verbessern, unsere Gesellschaft modernisieren, die Wirtschaft auf Erfolgskurs halten und Deutschland voranbringen. Daran arbeiten wir weiter. Gesagt, getan, gerecht!

Dabei wissen wir: Erfolg kommt nicht von allein. Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel stellen uns vor neue Herausforderungen, die politisch gestaltet werden müssen. Deshalb haben wir die Initiative »Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit« gestartet. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir weiter denken. Wir wollen Weichen stellen, damit Deutschland auch in Zukunft ein offenes und sicheres, ein wohlhabendes und gerechtes Land bleibt. Machen Sie mit!

Thomas Oppermann, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



ARBEIT WERTSCHÄTZEN

DER MINDESTLOHN IST DA

Seite 8

GLEICHSTELLUNG
VORANBRINGEN

DIE FRAUENQUOTE KOMMT

Seite 16

LEBENSQUALITÄT
VOR ORT

BEZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE

Seite 24



NACHHALTIGKEIT

NEUSTART DER ENERGIEWENDE

Seite 32

ÖFFENTLICHE
DASEINSVORSORGE STÄRKEN

KOMMUNEN ENTLASTEN

Seite 36

AUSGEGLICHENER HAUSHALT

MEHR INVESTITIONEN OHNE NEUE SCHULDEN

Seite 38

IN WÜRDE ALTERN

GUTE PFLEGE

Seite 39

GESUND BLEIBEN

BESSERE VERSORGUNG UND MEHR VORSORGE

Seite 40



FREIRÄUME SCHAFFEN

MEHR ZEIT FÜR FAMILIE

Seite 12

INVESTITIONEN
IN DIE ZUKUNFT

MEHR GELD FÜR BILDUNG

Seite 20

LEBENSLEISTUNG
VERDIENT ANERKENNUNG

DAS RENTENPAKET

Seite 28

INTEGRATION ERLEICHTERN

DER DOPPELPASS

Seite 42

AUSSENPOLITIK
UND FLÜCHTLINGE

VERANTWORTUNG IN DER WELT

Seite 44

BILANZ IM ÜBERBLICK

AUSSERDEM AUF DEN WEG GEBRACHT

Seite 46

VIEL GETAN, VIEL VOR

WAS WIR ALS NÄCHSTES UMSETZEN

Seite 50

REFORM-INITIATIVE

PROJEKT ZUKUNFT #NEUEGERECHTIGKEIT

Seite 52

IMPRESSUM

ARBEIT WERTSCHÄTZEN

DER MINDESTLOHN IST DA



Mit dem Mindestlohn per Gesetz geben wir der Arbeit von Millionen Menschen Wert und Würde zurück. Außerdem stärken wir die Tarifbindung und sorgen dafür, dass mehr Beschäftigte von guten Tariflöhnen profitieren.



86% ➤

SAGEN »JA« ZUM
GESETZLICHEN MINDESTLOHN

Infratest dimap, Februar 2015

»Ein Mindestlohn, der nicht effektiv kontrolliert wird, ist wirkungslos. Das werden wir nicht zulassen.«

Carola Reimann, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

In den Koalitionsverhandlungen haben wir erfolgreich für einen allgemeingültigen Mindestlohn und die Stärkung der Tarifbindung gekämpft.

GETAN ✓

GESETZLICHER MINDESTLOHN

Seit dem 1. Januar 2015 haben alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Im Übergang sind bis Ende 2016 Abweichungen möglich. Voraussetzung ist in der Regel ein Mindestlohn-Tarifvertrag. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn flächendeckend. Danach wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig durch die Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst. Besondere Regelungen gelten für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten einer neuen Beschäftigung, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Ausbildungsverhältnisse und für bestimmte Praktika. Um zu kontrollieren, ob das Mindestlohngesetz eingehalten wird, verstärken wir den Zoll um 1.600 neue Stellen.

GUTE TARIFLÖHNE

Tarifverträge können künftig leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber der jeweiligen Branche, die nicht Mitglied der Gewerkschaft bzw. des Verbandes sind, die den Tarifvertrag ausgehandelt haben. Das ging bislang nur, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt und der Tarifvertrag mindestens für die Hälfte der Branchenbeschäftigten gilt. Dieses Quorum entfällt. Auch ermöglichen wir es mit der Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes künftig allen Branchen, branchenweite Mindestlöhne festzulegen.

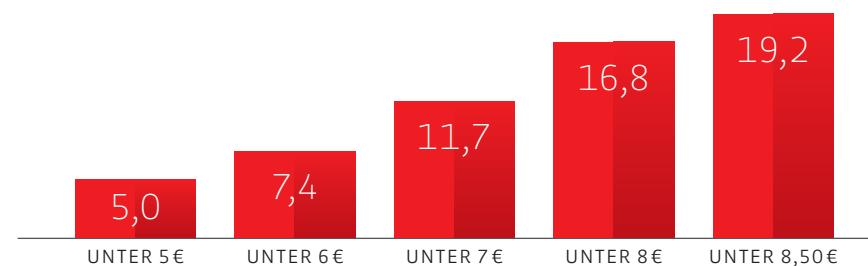


GERECHT ✓

Wir wollen, dass alle von ihrer Arbeit leben können. Der Mindestlohn macht viele Menschen unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen und setzt dem Lohn-dumping ein Ende: Unternehmen können sich nicht mehr gegenseitig dadurch unterbieten, dass sie ihre Arbeitskräfte menschenunwürdig bezahlen. Das stärkt die ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmer, die anständige Löhne zahlen. Allen Horrorszenarien der Mindestlohn-Gegner zum Trotz hat die Einführung der Lohnuntergrenze weder zu massiven Arbeitsplatzverlusten noch zu Preiserhöhungen auf breiter Front geführt. Gleichzeitig stärken wir die Tarifbindung, damit Tarifverträge auch dort greifen, wo immer weniger Unternehmen der Tarifgemeinschaft angehören.

ANTEIL DER BESCHÄFTIGTEN, DIE 2012 FÜR EINEN STUNDENLOHN UNTER 8,50 EURO GEARBEITET HABEN

IN PROZENT



QUELLE: INSTITUT FÜR ARBEIT UND QUALIFIKATION 2014
© HANS-BÖCKLER-STIFTUNG 2014

A photograph of a man with a beard and glasses carrying a young girl on his shoulders. They are in a forest, and the man is holding the girl's hands up in the air. The man is wearing a white t-shirt with a graphic and a green jacket. The girl is wearing a blue long-sleeved shirt and brown shoes.

FREIRÄUME SCHAFFEN

MEHR ZEIT FÜR FAMILIE



Wir ermöglichen eine bessere Balance zwischen Arbeit und Familie. Mit dem ElterngeldPlus geben wir Eltern mehr Gestaltungsfreiheit, familiäre und berufliche Aufgaben partnerschaftlich zu teilen. Mit der Familienpflegezeit sorgen wir für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege.

67% ➤

DER ELTERN MIT KINDERN
UNTER 3 JAHREN SAGEN »JA« ZUM
ELTERNGELDPLUS

Monitor Familienleben 2014 / BMFSFJ

»Mit dem ElterngeldPlus haben wir einen weiteren Schritt in Richtung Familienarbeitszeit gemacht.«

Sönke Rix, Sprecher für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, die Elternzeit zu flexibilisieren und ein ElterngeldPlus einzuführen, um Familien mehr Zeit zu geben und eine bessere Kombination mit einer Teilzeittätigkeit zu ermöglichen. Außerdem haben wir verabredet, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern.

GETAN ✓

ELTERNGELDPLUS

Mit dem neuen ElterngeldPlus können Eltern bei Teilzeitarbeit künftig doppelt so lange Elterngeld beziehen (bis zu 28 Monate). Wenn Mütter und Väter parallel 25 bis 30 Stunden pro Woche arbeiten, um sich Familien- und Erwerbsarbeit zu teilen, erhalten beide das ElterngeldPlus für weitere vier Monate (Partnerschaftsbonus). Außerdem können Eltern zwischen dem dritten und dem achten Geburtstag des Kindes künftig 24 Monate Elternzeit nehmen und die Elternzeit flexibler aufteilen. Die Neuregelungen gelten ab Juli 2015. Außerdem erhöhen wir das Kindergeld und entlasten Alleinerziehende.

FAMILIENPFLEGEZEIT

Mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf unterstützen wir pflegende Angehörige mit mehr Rechten und größerer Flexibilität. Bei einem akut eintretenden Pflegefall erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für eine zehntägige Auszeit zur Organisation der Pflege ein Pflegeunterstützungsgeld. Für längere Auszeiten haben wir einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit eingeführt: Angehörige können bis zu 24 Monate die Arbeitszeit reduzieren. Um Lohnausfälle aufzufangen, haben die Betroffenen einen Anspruch auf ein zinsloses Darlehen. Die Regelungen gelten seit Anfang 2015.



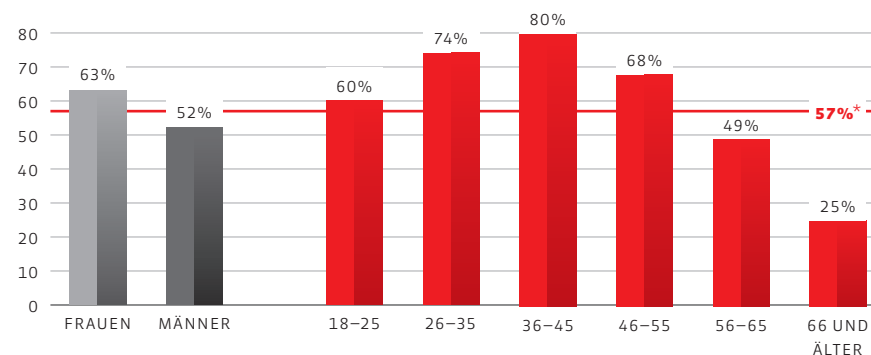
GERECHT ✓

Mit den Neuregelungen tragen wir den Bedürfnissen von Frauen und Männern Rechnung. Denn 60 Prozent der Eltern kleiner Kinder wollen sich Erwerbsarbeit und Familie partnerschaftlich teilen, aber nur 14 Prozent können diesen Wunsch verwirklichen. Mit dem ElterngeldPlus unterstützen wir sie dabei.

Die meisten Menschen wollen zu Hause alt werden. Viele Menschen möchten sich selbst um die Pflege ihrer Angehörigen kümmern. Wir helfen ihnen dabei, nicht vollständig aus dem Beruf aussteigen zu müssen. Das ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch wirtschaftlich vernünftig: Die Fluktuation unter den Beschäftigten sinkt, Fachkräfte bleiben erhalten.

LEBENSGEFÜHL STRESS

ANTEIL DER MENSCHEN, DIE SICH OFT ODER MANCHMAL »GESTRESST« FÜHLEN



QUELLE: TECHNIKER KRANKENKASSE 2013

*DURCHSCHNITT

DIE FRAUENQUOTE KOMMT



Frauen machen seltener Karriere als Männer. Auf ihrem Weg nach oben werden sie behindert durch Rollenklischees und Vorurteile. Mit diesen »gläsernen Decken« machen wir Schluss! Mit einer gesetzlichen Frauenquote sorgen wir dafür, dass bei der Besetzung von Top-Jobs die Qualifikation und nicht das Geschlecht zählt. Zudem bekämpfen wir die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern.

70% ➤

DER FRAUEN SAGEN »JA« ZUR
GESETZLICHEN FRAUENQUOTE

N24 / Emnid, November 2014

»Die gesetzliche Frauenquote ist ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung.«

Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

In den Koalitionsverhandlungen haben wir durchgesetzt, Geschlechterquoten in Führungspositionen von Unternehmen gesetzlich einzuführen und Maßnahmen gegen Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern zu ergreifen.

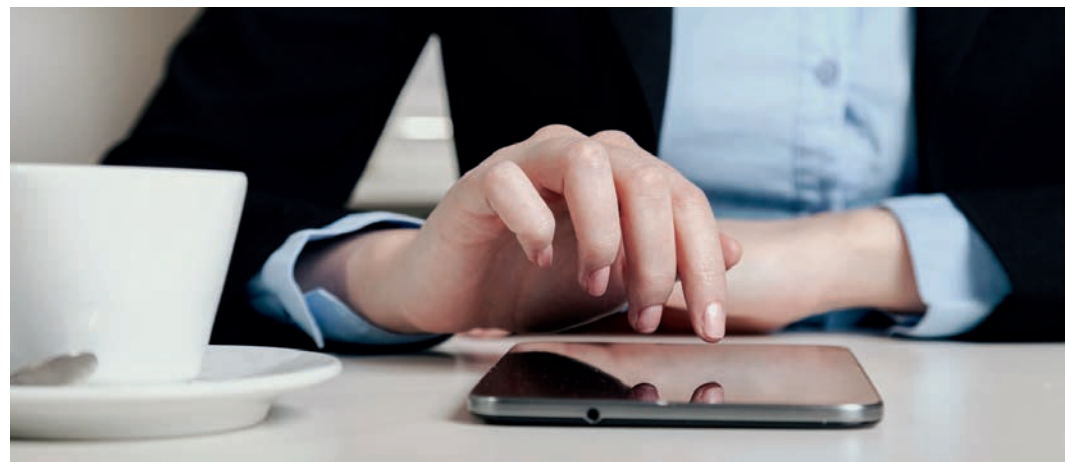
GETAN ✓

Wir haben im Bundestag die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote beschlossen. Ab 2016 müssen börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen mindestens 30 Prozent der frei werdenden Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzen. Wird diese Quote nicht erfüllt, bleiben die Aufsichtsratsmandate unbesetzt (»Leerer Stuhl«). Zudem werden weitere 3.500 Unternehmen verpflichtet, sich konkrete Ziele zur Erhöhung des Frauenanteils in ihren Aufsichtsräten, Vorständen und den oberen Management-Ebenen zu setzen und über die Fortschritte zu berichten.

Der Bund geht mit gutem Beispiel voran: In Aufsichtsgremien, in denen dem Bund mindestens drei Sitze zustehen, soll ab 2018 eine Geschlechterquote von 50 Prozent bei Neubesetzungen gelten. Zudem soll auch die Bundesverwaltung für jede Führungsebene konkrete Zielvorgaben zur Steigerung des Frauen- bzw. Männeranteils erlassen.

GERECHT ✓

Mit der gesetzlichen Frauenquote bringen wir die Gleichstellung voran. In keiner anderen Wirtschaftsnation gibt es so wenige Frauen in Führungspositionen wie in Deutschland. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft haben daran nichts geändert. Auch wenn Frauen besser qualifiziert sind, haben sie deutlich schlechtere Karrierechancen als Männer. Wir sorgen dafür, dass bei der Besetzung von Führungspositionen die Qualifikation und nicht das Geschlecht zählt. Wir öffnen Frauen die Türen in die Chefetagen und verändern Unternehmens-

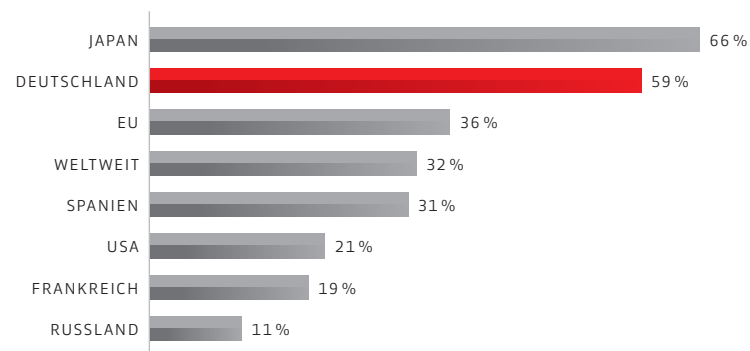


kulturen. Wenn weibliche Vorstände von DAX-Unternehmen und Frauen als Aufsichtsratsvorsitzende endlich Normalität sind, wird das auch für Gleichstellung in den unteren Hierarchieebenen sorgen.

Als nächstes werden wir die Lohndiskriminierung von Frauen mit einem Entgeltgleichheitsgesetz bekämpfen, das Transparenz in Unternehmen herstellt. Denn nur dort, wo Lohndiskriminierung offen gelegt wird, kann sie abgestellt werden.

ANTEIL DER UNTERNEHMEN OHNE FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

FAST ZWEI VON DREI UNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND WERDEN AUSSCHLIESSLICH VON MÄNNERN GEFÜHRT. DIE BUNDESREPUBLIK LIEGT DAMIT BEI DER GLEICHSTELLUNG WELTWEIT AUF DEM VORLETZTEN PLATZ VOR DEM SCHLUSSLICHT JAPAN



QUELLE: WARTH & KLEIN GRANT THOR / HANDELSBLATT. BEFRAGT WURDEN 5404 UNTERNEHMEN MIT 50 BIS 500 BESCHÄFTIGTEN BZW. EINEM JAHRESUMSATZ ZWISCHEN 20 UND 2000 MILLIONEN US DOLLAR AUS ALLEN BRANCHEN IN 35 LÄNDERN

MEHR GELD FÜR BILDUNG



Wir erhöhen das BAföG um 7 Prozent und fördern über 100.000 Studierende zusätzlich. Die Länder erhalten mehr Spielräume zur Finanzierung von Schulen und Hochschulen. Der Bund investiert in Kita- und Studienplätze sowie in Forschung und Entwicklung. Außerdem haben wir das Kooperationsverbot im Grundgesetz gelockert.



66% ➤

SAGEN »JA« ZU MEHR
INVESTITIONEN IN BILDUNG

Insa-Consulare GmbH 2014

» Das BAföG steht wie kein anderes Gesetz für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. «

Ernst Dieter Rossmann, Sprecher für Bildung und
Forschung der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir zusätzliche Zukunftsinvestitionen in Kitas, Bildung und Wissenschaft in Höhe von 9 Milliarden Euro bis 2017 durchgesetzt. Sie sollen durch Entlastung der Länder und durch direkte Investitionen des Bundes zur Verfügung gestellt werden.

GETAN ✓

MEHR GELD FÜR SCHÜLERINNEN, SCHÜLER UND STUDIERENDE

Mit der beschlossenen BAföG-Novelle erhöhen wir die Fördersätze zum Wintersemester 2016 um 7 Prozent. Durch die Anhebung der Einkommensfreibeträge erhalten rund 110.000 junge Menschen zusätzlich einen BAföG-Anspruch.

MEHR GELD FÜR KITAS, SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Der Bund übernimmt ab 2015 die Kosten des BAföG vollständig. Dadurch werden die Länder dauerhaft um rund 1,17 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Sie werden die freiwerdenden Mittel für Kitas, Schulen und Hochschulen verwenden. Außerdem investiert der Bund rund 750 Millionen Euro zusätzlich in Krippen und Kitas und stellt bis 2020 rund 10 Milliarden Euro zur Finanzierung des Hochschulpaktes für mehr Studienplätze zur Verfügung.

MEHR GELD FÜR FORSCHUNG

Für eine aktive Innovationspolitik und zur Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation sowie der Exzellenzinitiative stehen 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Außerdem haben wir das Grundgesetz geändert und das Kooperationsverbot im Hochschulbereich aufgehoben. Damit kann der Bund künftig Universitäten und Fachhochschulen dauerhaft fördern.

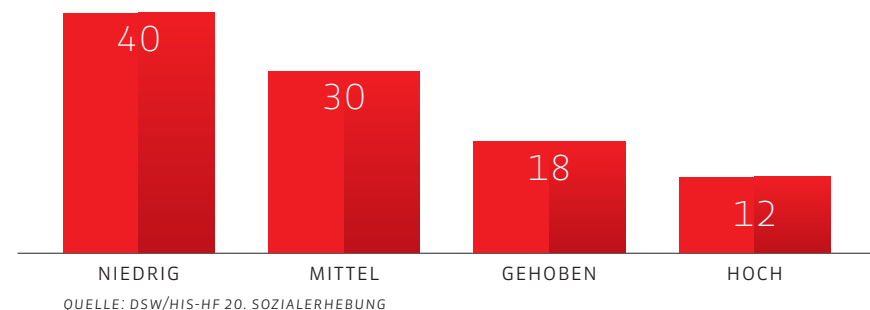


GERECHT ✓

Die Maßnahmen sind ein großer Fortschritt für planbare und verlässliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft in Deutschland. Wir verschaffen den Ländern dauerhafte Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Mit der BAföG-Reform und der Fortsetzung des Hochschulpaktes sorgen wir für mehr Chancengleichheit beim Hochschulzugang. Unabhängig davon wird sich die SPD-Bundestagsfraktion weiter für eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Schulpolitik einsetzen.

BAFÖG SORGT FÜR CHANCENGLEICHHEIT

BAFÖG-QUOTE NACH DER BILDUNGSHERKUNFT DER STUDIERENDEN
(IN PROZENT JE BILDUNGSHERKUNFTSGRUPPE)



LEBENSQUALITÄT VOR ORT

BEZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE



Gutes Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden. Mit der Mietpreisbremse, höherem Wohngeld und guten Bedingungen für Neubauten sorgen wir dafür, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Mit mehr Investitionen in die Städtebauförderung verbessern wir die Lebensqualität vor Ort.

92% ➤

DER MIETERINNEN UND MIETER
SAGEN »JA« ZUR BEGRENZUNG
VON MIETSTEIGERUNGEN

Innofact AG / Immobilienscout 24, Oktober 2014



» Wir schieben exzessiven Mietsteigerungen einen Riegel vor.«

Eva Högl, stellvertretende Vorsitzende
der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, den Anstieg der Mietpreise zu begrenzen und mehr Geld in die Städtebauförderung zu investieren.

GETAN ✓

DIE MIETPREISBREMSE

Bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt dürfen Mieten künftig höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die Länder legen fest, für welche Gebiete die Mietpreisbremse gilt. Bei der Beauftragung eines Maklers gilt: »Wer bestellt, der bezahlt« – in der Praxis meist der Vermieter. Um Mieterinnen und Mieter mit geringen Einkommen zu unterstützen, erhöhen wir das Wohngeld.

MEHR GELD FÜR STÄDTEBAU

Wir haben die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro jährlich angehoben. Wichtig ist das Programm »Soziale Stadt«: Damit sich Städte nicht in arme und reichere Stadtteile spalten, stellen wir 150 Millionen Euro pro Jahr bereit. Außerdem unterstützen wir Länder und Kommunen mit zusätzlichen Mitteln für kommunale Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen und der Förderung von nachhaltigem Wohnen für Studierende und Auszubildende.

NEUBAU VON WOHNRAUM

Wir unterstützen den Neubau sowie den altersgerechten und energiesparenden Umbau von Wohnungen. Für den altersgerechten Umbau von Wohnungen haben wir wieder Zuschüsse eingeführt. Das energetische Bauen und Sanieren fördern wir mit 2 Milliarden Euro. Wer seine Wohnung oder sein Haus gegen Einbrüche schützen will, erhält künftig eine Finanzierungshilfe vom Bund. Die Länder erhalten pro Jahr 518 Millionen Euro Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung.

GERECHT ✓

Bezahlbares Wohnen und ein gutes Wohnumfeld entscheiden maßgeblich über Lebensqualität und Zufriedenheit, aber auch über soziales Miteinander und gesellschaftlichen Zusammenhalt. In vielen Groß- und Universitätsstädten steigen die Mieten bei Wiedervermietung um 20 oder 30 Prozent. Die Folge: Immer mehr Familien, Alleinerziehende, Studierende und ältere Menschen finden in den Innenstädten kaum noch bezahlbare Wohnungen. Es droht die soziale Spaltung der Städte – in reiche Viertel und abgehängte Nachbarschaften.

Mit der Mietpreisbremse, der Erhöhung des Wohngeldes und der Förderung des sozialen Wohnungsbaus stellen wir uns dieser Entwicklung entgegen. Bei der Städtebauförderung legen wir mit dem Programm »Soziale Stadt« einen Schwerpunkt auf Projekte, die die gesellschaftliche Integration in sozialen Brennpunkten fördern.

STEIGENDE MIETPREISE BEI WIEDERVERMIETUNG

DURCHSCHNITT JE QUADRATMETER NETTOKALT IN EURO

	MIETEN IM BESTAND	DIFFERENZ	ANGEBOTSMIETE	
REGENSBURG	6,33	36%	8,60	REGENSBURG
MÜNSTER	6,33	34%	8,50	MÜNSTER
KONSTANZ	7,27	33%	9,70	KONSTANZ
HEIDELBERG	7,20	32%	9,50	HEIDELBERG
MAINZ	7,02	30%	9,20	MAINZ
FRANKFURT/M	7,82	30%	10,20	FRANKFURT/M
HAMBURG	7,51	28%	9,60	HAMBURG
DARMSTADT	7,08	27%	9,00	DARMSTADT
FREIBURG	7,58	25%	9,50	FREIBURG
SINDELFINGEN	6,96	25%	8,70	SINDELFINGEN
DACHAU	8,07	24%	10,00	DACHAU
DÜSSELDORF	7,27	22%	8,90	DÜSSELDORF
TÜBINGEN	7,95	21%	9,60	TÜBINGEN
MÜNCHEN	10,25	20%	12,20	MÜNCHEN
BERLIN	5,90	20%	7,10	BERLIN

QUELLE: F+B MIETSPIEGELINDEX 2013; F+B-WOHNINDEX, DEUTSCHLAND Q4 2013; DEUTSCHER MIETERBUND

DAS RENTENPAKET



Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen. Deshalb können langfristig Versicherte bis zu zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Mütter (oder Väter), deren Kinder vor 1992 geboren wurden, bekommen mehr Rente. Außerdem haben wir die Erwerbsminderungsrente verbessert und das Reha-Budget erhöht.



Mütterrente



Rente ab 63

81% ➤

SAGEN »JA« ZUR ABSCHLAGSFREIEN
RENTE NACH 45 BEITRAGSJAHREN

ZDF-Politbarometer
(Forschungsgruppe Wahlen, März 2014)

»Mit dem Rentenpaket schließen wir Gerechtigkeitslücken. Wir helfen denen, die lange und hart gearbeitet haben. Sie haben es verdient!«

Katja Mast, Sprecherin für Arbeit und Soziales
der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

»Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Rente auszahlen.« So steht es im Koalitionsvertrag. Wer schon in jungen Jahren sein Arbeitsleben begonnen oder Kinder erzogen hat, soll in der Rente besser gestellt werden. Das gilt auch für die, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können.

GETAN ✓

NACH 45 JAHREN IN RENTE

Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat, kann nun schon ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen, zwei Jahre früher als bisher. Vorübergehende Arbeitslosigkeit, Pflegezeiten und Kindererziehung werden anerkannt. Die Grenze für die abschlagsfreie Rente steigt schrittweise auf 65 Jahre an. Um Missbrauch durch »Frühverrentung« auszuschließen, werden Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs in der Regel in den letzten beiden Jahren nicht mehr mitgezählt.

HÖHERE MÜTTERRENTE

Mütter (und Väter), die vor 1992 Kinder erzogen haben, bekommen pro Kind zwei Jahre Erziehungszeit statt bisher einem angerechnet. Damit erhöht sich ihre monatliche Rente um bis zu 28,61 Euro pro Kind, in den neuen Ländern um bis zu 26,39 Euro.

MEHR ERWERBSMINDERUNGSRENTE

Menschen, die aus gesundheitlichen oder unfallbedingten Gründen erwerbsunfähig werden, erhalten eine höhere Erwerbsminderungsrente. Bei einem Rentenbeginn seit dem 1. Juli 2014 wird die Rente so berechnet, als hätten sie bis zum 62. Lebensjahr mit dem bisherigen Durchschnittslohn gearbeitet statt nur bis zum 60. Lebensjahr.

HÖHERES REHA-BUDGET

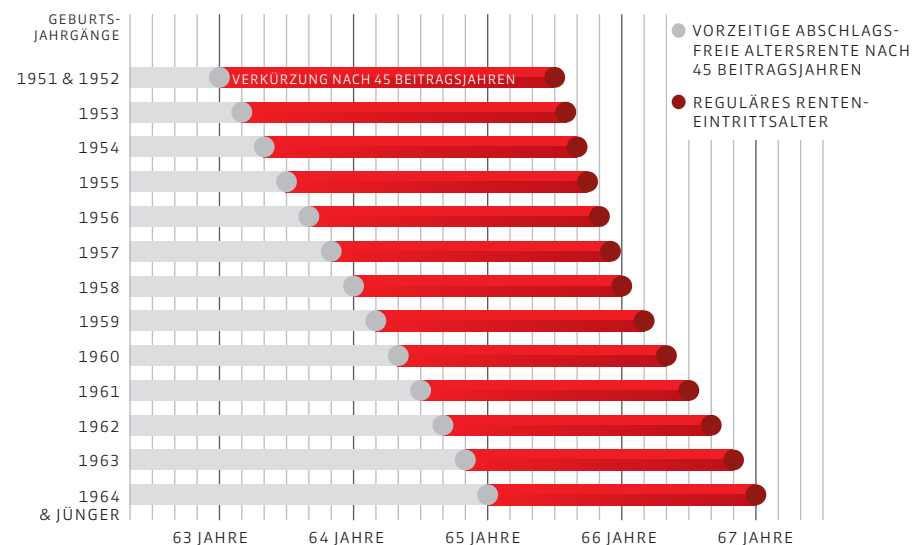
Damit die gesetzliche Rentenversicherung ihren Versicherten helfen kann, so lange wie möglich gesund im Arbeitsleben zu stehen, bekommt sie bis zu 233 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr für die medizinische und berufliche Rehabilitation.

GERECHT ✓

Von der Neuregelung der abschlagsfreien Rente profitieren unmittelbar mehr als 200.000 Menschen, von der »Mütterrente« 9,5 Millionen. Sie haben mit Arbeit und Anstrengung die Rente der Generation vor ihnen aufgebracht, die heutigen Beitragszahler großgezogen und so zum Wohlstand unseres Landes beigetragen. Für sie sind die Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht geschenkt, sondern verdient. Gleichzeitig ist das Rentenpaket solide finanziert. Der Beitragssatz bleibt stabil. Und ab 2019 sorgt ein Steuerzuschuss dafür, künftige Beitragszahler nicht weiter zu belasten.

WANN KANN ICH IN RENTE GEHEN?

EINTRITTSALTER FÜR DIE VORZEITIGE ABSCHLAGS-FREIE RENTE NACH 45 BEITRAGSJAHREN



QUELLE: BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES 2014



NACHHALTIGKEIT

NEUSTART DER ENERGIEWENDE



Wir setzen auf einen Neustart der Energiewende:
Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) haben wir dafür gesorgt, dass Strom bezahlbar bleibt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet nach einem verlässlichen Plan voran. Durch mehr Effizienz kann Energie gespart werden. Mit der Neuordnung des Strommarktes sorgen wir für Versorgungssicherheit.

70% ➤

SAGEN »JA« ZUR ENERGIEWENDE

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD),
Juni 2014

» Wir stellen die Energiewende vom Kopf auf die Füße: Nach vier Jahren energiepolitischem Chaos schaffen wir Kosteneffizienz, Planbarkeit und Investitionssicherheit.«

Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Die Energiewende wird nur dann Akzeptanz behalten, wenn Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet sind. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die Steigerung der Energieeffizienz und eine Neuordnung des Strommarktes vereinbart.

GETAN ✓

BEZAHLBARKEIT GEWÄHRLEISTEN

Mit der Reform des EEG haben wir die Förderung der Erneuerbaren auf die besonders kostengünstigen Energieträger Wind an Land und Photovoltaik konzentriert. Um die Kosten der Energiewende gerechter zu verteilen, haben wir die Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage beteiligt. Damit erneuerbare Energien besser in den Strommarkt integriert werden, sollen Betreiber größerer Anlagen ihren Strom künftig direkt vermarkten. Der Ausbaupfad sieht vor, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2025 auf 40 bis 45 Prozent zu erhöhen.

ENERGIE EINSPAREN

Mehr Energieeffizienz bedeutet weniger Energieverbrauch. Das schont die Umwelt und den Geldbeutel. Deshalb hat die Koalition einen Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz auf den Weg gebracht. Außerdem werden große Unternehmen verpflichtet, mindestens alle vier Jahre Möglichkeiten für Energieeinsparungen zu ermitteln.

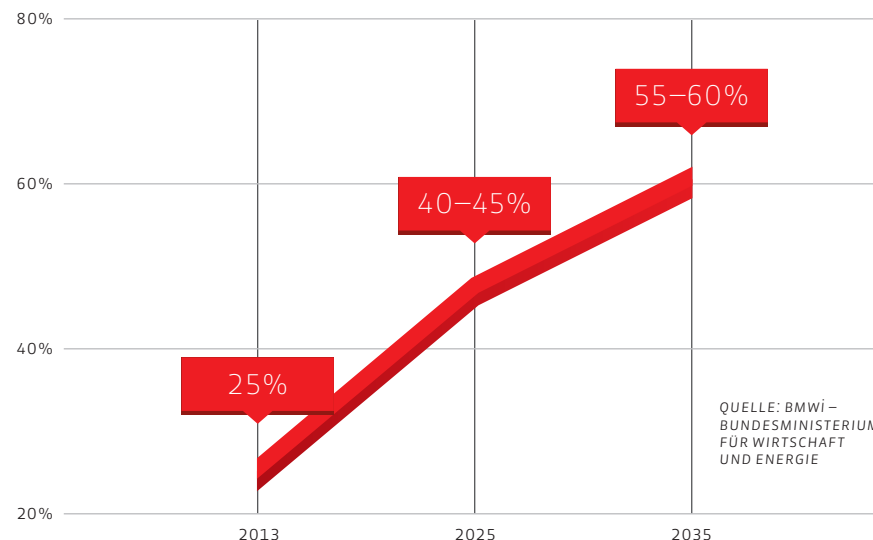
VERSORGUNG SICHERN

Die Energieversorgung muss auch bei einem wachsenden Anteil von Wind- und Sonnenstrom zuverlässig, umweltverträglich und kosteneffizient bleiben. Es geht vor allem darum, Versorgungssicherheit für private Stromkunden und Unternehmen zu gewährleisten, selbst wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht – und das zu bezahlbaren Preisen. Das ist das Leitbild der von uns begonnenen Neuordnung des Strommarktes.

GERECHT ✓

Mit der Energiewende hat Deutschland den Weg in das Zeitalter einer nachhaltigen, sicheren und klimafreundlichen Energieversorgung beschritten. Nach dem Chaos in der Energiepolitik der Vorgängerregierung, die zunächst aus dem Atomausstieg aussteigen wollte und nach Fukushima doch wieder einen Rückzieher machte, bringen wir die Energiewende auf einen verlässlichen Kurs zurück. Wir setzen auf den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien und sorgen für Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit.

GEPLANTER AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN ANTEIL AN DER STROMVERSORGUNG



KOMMUNEN ENTLASTEN

Wir entlasten die Städte und Gemeinden. Nur handlungsfähige Kommunen können eine gute soziale Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Bibliotheken und Schwimmbäder zur Verfügung stellen.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, die Gemeinden, Städte und Landkreise finanziell zu entlasten.

GETAN ✓

ENTLASTUNG BEI KOMMUNALEN AUSGABEN

Durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hat der Bund die Städte und Gemeinden bereits um rund 5,5 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Hinzu kommt nun eine jährliche Entlastung in Höhe von 1 Milliarde in 2015 und 2016, die 2017 auf 2,5 Milliarden und ab 2018 auf 5 Milliarden Euro ansteigt. Für den Bau und Betrieb von Kindertagesstätten stellen wir 750 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Außerdem investieren wir 140 Millionen Euro in die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur.

UNTERSTÜTZUNG FINANZSCHWACHER KOMMUNEN

Um die Investitionskraft finanzschwacher Kommunen gezielt zu stärken, haben wir einen kommunalen Investitionsfonds von 3,5 Milliarden Euro beschlossen. Damit fördern wir 2015 bis 2018 Investitionen in Klimaschutz, Bildungseinrichtungen und sonstige Infrastruktur (z. B. Städtebau, Krankenhäuser, Lärmschutz).

HILFE BEI DER UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen stellt der Bund kurzfristig 1 Milliarde Euro bereit. Mit zusätzlichem Personal beschleunigen wir die Anerkennungsverfahren.

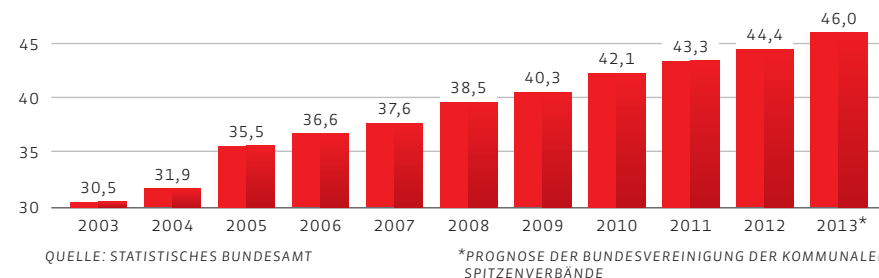


GERECHT ✓

Mit der Unterstützung der Kommunen stärken wir einen zentralen Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Wir schaffen die Voraussetzungen für gute Lebensqualität in unseren Kommunen, stärken ihre Investitionskraft und entlasten sie von Sozialausgaben. Nur handlungsfähige Kommunen können eine gute öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort aufrechterhalten. Viele Städte und Gemeinden kämpfen mit Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut, vernachlässigten öffentlichen Räumen und sozialen Konflikten. Diesen Kommunen helfen wir. Damit leisten wir auch einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland.

KOMMUNALE AUSGABEN FÜR SOZIALE LEISTUNGEN

IN MILLIARDEN EURO, STADTSTAATEN AUSGENOMMEN



MEHR INVESTITIONEN OHNE NEUE SCHULDEN

2015 kommt der Bund ohne neue Schulden aus und investiert trotzdem in wichtige Zukunftsaufgaben. Wir werden der Verantwortung für unsere Kinder und Enkel gerecht.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, ab 2015 einen Haushalt ohne Netto-neuverschuldung aufzustellen und Investitionen zu erhöhen.

GETAN ✓

Mit dem Bundeshaushalt 2015 haben wir einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden beschlossen – zum ersten Mal nach über 40 Jahren. Gleichzeitig beweisen wir, dass gute Haushaltspolitik nicht nur Sparen bedeutet, sondern auch Gestaltung: Wir investieren zusätzliches Geld in die Entlastung der Kommunen, in Bildung und Klimaschutz sowie in die Infrastruktur, unter anderem in den Bereichen Städtebau, Verkehrswege und Breitbandausbau.

GERECHT ✓

Mit dem Verzicht auf neue Schulden zeigen wir, dass wir es mit unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen ernst meinen. Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass wir unseren Kindern und Enkeln Handlungsspielräume in der Zukunft erhalten. Ohne Neuverschuldung wird unser Gemeinwesen unabhängiger von den Finanzmärkten. Wir legen einen Schwerpunkt auf Zukunftsinvestitionen und schaffen Grundlagen für künftigen Wohlstand.

»Wir haben 2009 die Schuldenbremse beschlossen und gestalten jetzt einen Haushalt ohne neue Schulden.«

Carsten Schneider, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

GUTE PFLEGE

Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Deshalb stärken wir die Pflege und machen sie zukunftsfest.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir verabredet, die Situation der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern.

GETAN ✓

Seit dem 1. Januar 2015 erhalten Pflegebedürftige bessere Leistungen, pflegen- de Angehörige und Pflegefachkräfte wurden entlastet. Die Leistungsbeträge steigen um vier Prozent. Die Leistungen in der häuslichen Pflege werden flexibilisiert, Demenzkranke besser unterstützt. Außerdem stärken wir die Qualität der stationären Pflege.

Zur Finanzierung wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte angehoben. Ein Teil der Einnahmen fließt in einen neuen Pflege- vorsorgefonds. Dieser soll ab 2030 die Beiträge stabilisieren, wenn Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen pflegebedürftig werden.

GERECHT ✓

Die Neuregelungen sind ein erster Schritt zur Stärkung der Pflege. Wir orientie- ren uns dabei am Prinzip »ambulant vor stationär« und entsprechen damit dem Wunsch vieler Pflegebedürftiger, solange wie möglich zu Hause zu bleiben. Außer- dem schaffen wir eine nachhaltige Finanzierungsbasis. Mit weiteren Gesetzen werden wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umsetzen und die Aufstiegs- chancen in Pflegeberufen verbessern.

»Wir sind stolz darauf, die größte Reform der Pflegeversicherung seit ihrem Bestehen vorlegen zu können.«

Karl Lauterbach, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

BESSERE VERSORGUNG UND MEHR VORSORGE

Jeder Mensch hat das Recht auf eine gute ärztliche Versorgung in seiner Nähe. Wir schaffen Anreize, damit sich Ärzte auch in ländlichen Regionen niederlassen.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir eine bessere medizinische Versorgung und einen Schwerpunkt auf medizinische Vorsorge vereinbart.

GETAN ✓

FLÄCHENDECKENDE VERSORGUNG

In Regionen, die ärztlich unterversorgt sind, bekommen Patientinnen und Patienten künftig einen einfacheren Zugang zur ambulanten Behandlung in Krankenhäusern. Außerdem werden in überversorgten Gebieten Praxen nur dann nachbesetzt, wenn dies für die Versorgung der Patientinnen und Patienten auch sinnvoll ist. Damit soll die Landflucht der Ärztinnen und Ärzte gestoppt werden. Außerdem erhöhen wir die Zahl der Weiterbildungsstellen für Allgemeinärzte, um die hausärztliche Versorgung zu stärken.

SCHNELLERE TERMINE BEIM FACHARZT

Wer gesetzlich versichert ist, soll künftig höchstens vier Wochen auf einen Facharzttermin warten müssen. Findet ein Patient oder eine Patientin keinen Facharzt oder keine Fachärztin, vermittelt eine Servicestelle der Kassenärztlichen Vereinigungen einen Termin innerhalb von einer Woche.

GESUNDHEIT FÖRDERN, ERKRANKUNGEN VORBEUGEN

Die Krankenkassen sollen die Ausgaben für Gesundheitsförderung und Vorsorge deutlich erhöhen. Außerdem sollen sie Betriebe bei der Gesundheitsförderung unterstützen, damit auch am Arbeitsplatz die Gesundheit erhalten bleibt. Früherkennungsuntersuchungen werden fortentwickelt, das Impfwesen gefördert.

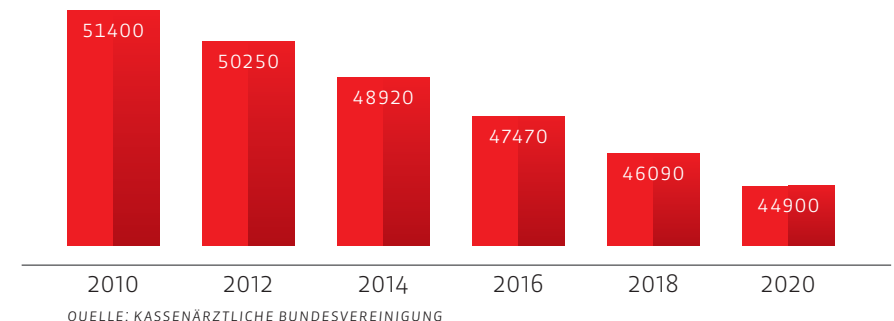


GERECHT ✓

Gute medizinische Versorgung darf auch in Zukunft keine Frage des Einkommens oder des Wohnortes sein. Und: Besser als Krankheiten zu heilen ist es, Krankheiten gar nicht erst entstehen zu lassen. Deshalb müssen Gesundheitsförderung und Prävention so früh wie möglich im Lebensverlauf beginnen und im Alltag der Menschen verankert werden.

DIE ZAHL DER HAUSÄRZTE UND HAUSÄRZTINNEN SINKT

HAUSÄRZTE/-ÄRZTINNEN (OHNE KINDERÄRZTE) BIS 2020 (SCHÄTZUNG)



DER DOPPELPASS

In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern, die sich bisher bei Volljährigkeit zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden mussten, können nun beide Pässe behalten. Das fördert die Integration.

GESAGT ✓

»Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang, und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert.« Mit diesem Satz haben wir im Koalitionsvertrag den Doppelpass durchgesetzt.

GETAN ✓

Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, müssen sich nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden.

OPTIONSPLICHT ENTFALLEN

Das bisherige Recht zwang in Deutschland geborene Kinder mit einem weiteren, ausländischen Pass mit 18 Jahren zu einer Entscheidung zwischen der deutschen und der durch Abstammung erworbenen Staatsangehörigkeit der Eltern. Wer sich bis zum 23. Geburtstag nicht entschied, verlor den deutschen Pass. Betroffen waren junge Erwachsene, die ab den 1990er-Jahren geboren wurden.

Diese »Optionspflicht« ist nun für die allermeisten der Betroffenen entfallen. Wer bis zum 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt hat oder sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht oder einen deutschen Schulabschluss erworben bzw. eine Ausbildung in Deutschland absolviert hat, darf beide Staatsangehörigkeiten behalten.



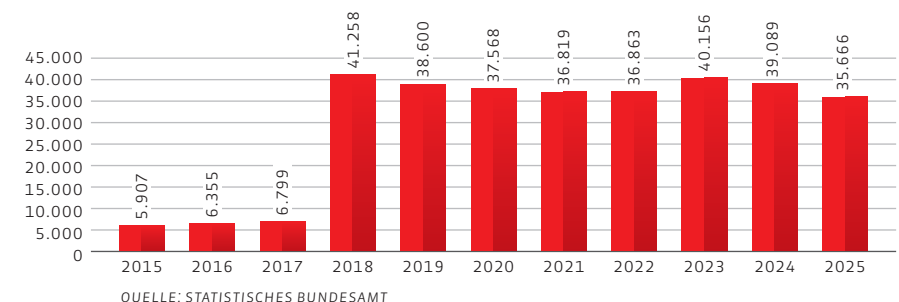
GERECHT ✓

Mit dem Doppelpass haben wir einen wichtigen Fortschritt im Staatsbürgerschaftsrecht erreicht. Darauf haben viele Menschen in unserem Land gewartet. Denn ohne die doppelte Staatsbürgerschaft würden in den nächsten Jahren 400.000 junge Menschen zu einer schwerwiegenden Entscheidung gezwungen. Die Optionspflicht signalisierte den jungen Menschen, nicht vollständig dazugehören. Sie waren Deutsche unter Vorbehalt.

Mit der Optionspflicht ist ein zentrales Integrationshemmnis entfallen. Bei vielen Betroffenen schlagen zwei Herzen in der Brust. Die Mehrheit will beide Staatsangehörigkeiten behalten. Der Doppelpass dient der Integration.

WER PROFITIERT VON DER NEUREGELUNG?

Zahl der jungen Deutschen, die sich nach bisherigem Recht zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden mussten.



VERANTWORTUNG IN DER WELT

Mit Diplomatie und humanitärer Hilfe begegnen wir den Konflikten und Krisen in der Welt. In Deutschland kümmern wir uns um diejenigen, die vor Krieg und Gewalt fliehen mussten. Das ist gelebte Verantwortung.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir eine zurückhaltende und transparente Rüstungsexportpolitik durchgesetzt und Maßnahmen vereinbart, um Asylbewerberinnen und Asylbewerber würdiger zu behandeln und schneller zu integrieren.

GETAN ✓

TRANSPARENTE UND RESTRIKTIVE RÜSTUNGSEXPORTE

Die Bundesregierung informiert das Parlament erheblich schneller und umfassender über genehmigte Rüstungsexporte. Genehmigungen werden deutlich restriktiver: Rüstungsexporte in Krisenregionen aus wirtschaftlichem Interesse wird es nicht mehr geben.

FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN

Deutschland nimmt mehr Flüchtlinge auf als jedes andere Land in der EU. 2014 kamen über 200.000 Flüchtlinge und Asylbewerber. Damit sie menschenwürdig aufgenommen werden, helfen wir den Kommunen bei der Unterbringung.

ASYLBEWERBER SCHNELLER INTEGRIEREN

Die Bearbeitungszeit für Asylanträge soll durch mehr Personal auf drei Monate sinken. Asylbewerberinnen und Asylbewerber können schon nach drei statt nach zwölf Monaten eine Arbeit aufnehmen und sich und ihre Familien versorgen. Die Bewegungsfreiheit wird erhöht, in dem die Residenzpflicht aufgehoben wird. Die Leistungen für Asylbewerber werden an das aktuelle Preisniveau angepasst. Geldleistungen erhalten Vorrang vor Sachleistungen.



MIT DIPLOMATIE FÜR DEN FRIEDEN

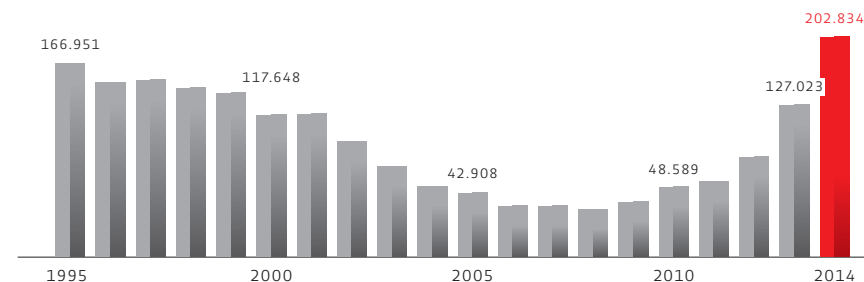
Deutschland ist als Gesprächs- und Vermittlungspartner in den Krisen und Konflikten der Welt gefragt wie nie. Wir setzen uns engagiert dafür ein, dass Konflikte wie in der Ukraine oder im Nahen Osten politisch und ohne Waffen gelöst werden. Dem Nordirak, wo die IS-Terrorherrschaft wütet, galt es, durch umfangreiche humanitäre Hilfe sowie militärische Unterstützung beizustehen.

GERECHT ✓

Deutschland bringt seine Möglichkeiten für die Bewältigung und Lösung internationaler Konflikte und humanitärer Katastrophen ein. Wir übernehmen Verantwortung für diejenigen, die in Not sind, die vor Gewalt und Vernichtung fliehen und alles zurücklassen müssen.

ASYLBEWERBERZAHLEN STEIGEN

ZAHL DER ASYLANTRÄGE SEIT 1995 PRO JAHR (ERSTANTRÄGE)



QUELLE: BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE

AUSSERDEM AUF DEN WEG GEBRACHT

KONSEQUENZEN AUS DEM NSU-TERROR

Mit neuen Regelungen in den Bereichen Justiz und Verfassungsschutz ziehen wir Konsequenzen aus der Mordserie der rechtsterroristischen Gruppierung »Nationalsozialistischer Untergrund«. Außerdem stärken wir die Demokratieförderung.

NSA-AFFÄRE AUFKLÄREN

Der Untersuchungsausschuss NSA untersucht die Erfassung und Speicherung von Kommunikationsdaten von, nach und in Deutschland durch US-amerikanische und britische Nachrichtendienste. Er prüft Reformen zum Schutz vertraulicher Kommunikation.

TERRORABWEHR STÄRKEN

Die Ausreise gewaltbereiter Islamisten in Krisen- und Kriegsregionen wird erschwert, indem ihnen der Personalausweis entzogen werden kann. Den Versuch des Reisens in terroristischer Absicht haben wir unter Strafe gestellt und einen Straftatbestand Terrorismusfinanzierung geschaffen.

KARENZZEITEN FÜR EHEMALIGE MINISTER

Wir beugen Interessenkollisionen beim Wechsel von politischen Amtsträgern in die Wirtschaft vor. Mitglieder der Bundesregierung sollen nach ihrem Ausscheiden aus der Politik künftig in Konfliktfällen zwölf Monate warten müssen (in Ausnahmefällen 18 Monate), bevor sie in die Wirtschaft wechseln dürfen.

DIGITALE AGENDA

Die Bundesregierung hat eine ressortübergreifende Digitale Agenda 2014–2017 beschlossen. Sie bündelt wesentliche digitale Vorhaben – allen voran der flächendeckende Breitband-Ausbau bis 2018 mit 50 Mbit/s.

KLIMASCHUTZ VORANBRINGEN

Wir haben ambitionierte EU-Klimaschutzziele bis 2030 durchgesetzt. Um die Ziele bis 2020 in Deutschland umzusetzen, hat die Koalition ein Aktionsprogramm und einen Aktionsplan Energieeffizienz beschlossen. Bei der Umsetzung achten wir darauf, dass es hierbei nicht zu Strukturbrüchen kommt.

KEINE GRÜNE GENTECHNIK IN DEUTSCHLAND

Auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion können EU-Staaten eigene Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen erlassen. Damit werden wir den Anbau grüner Gentechnik in Deutschland verhindern.

TARIFEINHEIT STÄRKT SOZIALPARTNERSCHAFT

Voraussetzung für Tarifautonomie und Tarifpartnerschaft sind starke Gewerkschaften, die das Wohl aller Beschäftigten im Blick behalten. Deshalb stellen wir den Grundsatz »Ein Betrieb, ein Tarifvertrag« auf eine gesetzliche Basis, nachdem er im Jahr 2010 durch die Rechtsprechung aufgehoben wurde.

VERBRAUCHERSCHUTZ VERBESSERT

Wir haben den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Kauf von Finanzprodukten durch Warnhinweise und unabhängige Beratung verbessert. Bei Verstößen gegen das Datenschutzrecht sollen Verbraucherverbände künftig Unterlassungsklage gegen Unternehmen erheben können.

STRAFBEFREIENDE SELBSTANZEIGE VERSCHÄRFT

Die strafbefreiende Selbstanzeige darf kein Freifahrtschein für Steuerhinterzieher sein. Deshalb verschärfen wir sie: Künftig wächst die Strafzahlung mit der Höhe der hinterzogenen Steuern auf bis zu 20 Prozent. Für ausländische Kapitalerträge müssen auch für länger zurückliegende Zeiträume Steuern nachgezahlt werden.

STEUERFLUCHT BEKÄMPFT

2014 haben 50 Staaten einen automatischen Informationsaustausch in Steuer-sachen ab 2017 vereinbart. Die Partnerländer senden künftig automatisch Informationen über Kapitalerträge an die deutschen Finanzämter. Damit schützt das Bankgeheimnis Steuerbetrüger nicht mehr vor Strafverfolgung.



EIGENTÜMER HAFTEN BEI BANKENPLEITEN

Mit der Umsetzung der europäischen Bankenabwicklung werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vor den Kosten einer Bankenpleite geschützt. Dabei werden zunächst die Eigentümerinnen und Eigentümer der Pleitebank zur Kasse gebeten, bevor die Gemeinschaft der Banken haftet. Die europäischen Banken zahlen 55 Milliarden Euro in einen Abwicklungsfonds.

GLEICHSTELLUNG VON LEBENSPARTNERSCHAFTEN

In der Steuerpolitik und bei der Sukzessivadoption haben wir eingetragene Lebenspartnerschaften der Ehe gleichgestellt. Unser Ziel bleibt die völlige Gleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft.

SCHUTZ VOR SEXUELLEM MISSBRAUCH

Mit dem Internet hat kinderpornographisches Material neue Wege zur Verbreitung gefunden. Wir haben strafrechtliche Ergänzungen gegen Kinderpornographie umgesetzt. Mit Augenmaß bleibt sozial übliches und alltägliches Verhalten straffrei, während künftig auch das Herstellen, Verbreiten und der Besitz so genannter Posing-Bilder strafbar ist.

BÜROKRATIE ABBAUEN

Wir haben Start-Ups und junge Gründerinnen und Gründer von Bürokratiepflichten befreit und den Mittelstand von Bürokratiekosten entlastet.

E-MOBILITÄT FÖRDERN

Kommunen erhalten die Möglichkeit, Elektrofahrzeuge bei Parkplätzen und Parkgebühren zu bevorzugen. Elektroautos werden entsprechend gekennzeichnet. Dies fördert insbesondere in Innenstädten emissionsärmere Lieferverkehre.

LKW-MAUT AUSDEHNEN

Um Investitionen in die Infrastruktur zu erhöhen, haben wir die LKW-Maut auf vierspurige Bundesstraßen und Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen ausgedehnt. Damit leisten LKW in Zukunft einen stärkeren Beitrag für Investitionen.

BUNDESWEHR ATTRAKTIVER MACHEN

Wir haben die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber gestärkt: flexible und familienfreundliche Dienstzeiten, eine attraktivere Ausgestaltung der Zulagen für besonders harte und risikoreiche Arbeit und eine bessere soziale Absicherung der Soldaten. Damit zollen wir unseren Soldatinnen und Soldaten Respekt – denn auch hier gilt: Gutes Geld für gute Arbeit.

PERSPEKTIVE FÜR LANGJÄHRIG GEDULDETE

Damit lange geduldete Ausländer eine Perspektive für ein Leben in unserem Land bekommen, schaffen wir eine alters- und stichtagsunabhängige Regelung. Künftig soll nach acht, für Familien mit Kindern nach sechs Jahren Aufenthalt eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt werden, wenn der Lebensunterhalt überwiegend gesichert ist und mündliche Deutschkenntnisse vorhanden sind.

AUSSERDEM HABEN WIR

- Maßnahmen gegen Doping im Sport auf den Weg gebracht,
- die Bestechung von Abgeordneten strafbar gemacht,
- ein IT-Sicherheitsgesetz beschlossen,
- die Einlagensicherung in Europa harmonisiert,
- die Lebensversicherungen stabilisiert,
- mehr Erdverkabelung beim Stromtrassenbau durchgesetzt,
- mehr Gerechtigkeit bei Ghetto-Renten geschaffen,
- die Künstlersozialversicherung stabilisiert,
- eine Endlagersuchkommission eingesetzt,
- mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft durch eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik durchgesetzt,
- die Abhängigkeit von Ratings auf Finanzmärkten verringert.

WAS WIR ALS NÄCHSTES UMSETZEN

ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT SCHAFFEN

Wir beschränken Leiharbeit auf ihre Kernfunktion, führen eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten und gleichen Lohn nach neun Monaten ein. Missbrauch von Werkverträgen zur Umgehung des Arbeitsrechts bekämpfen wir.

GLEICHE BEZAHLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN

Frauen verdienen durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Wir wollen Unternehmen verpflichten, zur Entgeltgleichheit Stellung zu nehmen. Dies verbinden wir mit einem Verfahren zur Beseitigung von Lohndiskriminierung.

INVESTITIONEN ANREGEN

Eine Expertenkommission hat Vorschläge erarbeitet, wie die Investitionstätigkeit von Unternehmen verbessert und Kapital in die Finanzierung des Infrastrukturausbaus gelenkt werden kann. Wir prüfen, welche Vorschläge umgesetzt werden können.

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Mit dem Ende des Solidarpakts 2019 steht eine Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden an. Wir setzen uns für ein solidarisches Gemeinwesen und gleichwertige Lebensverhältnisse ein.

FRACKING VERBIETEN

Als unkonventionelle Erdgasgewinnung ist Fracking eine Technologie mit erheblichem Risikopotenzial und noch nicht ausreichend erforscht. Wir wollen unkonventionelles Fracking mit umwelttoxischen Stoffen, in sensiblen Gebieten wie Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten sowie oberhalb von 3000 Metern verbieten. Nur in Ausnahmen soll unter strengen Auflagen eine Genehmigung für Forschungsbohrungen möglich sein.

ERBSCHAFTSTEUER ERHALTEN

Die Erbschaftsteuer muss als Einnahmequelle der Länder erhalten bleiben. Wir wollen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schnell umsetzen. Unternehmen dürfen nur dann privilegiert werden, wenn Arbeitsplätze erhalten bleiben und die Erben die Steuer nicht aus ihrem privaten Vermögen zahlen können.

STROMNETZE AUSBAUEN, VERSORGUNGSSICHERHEIT SCHAFFEN

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hängt auch vom Ausbau der Stromnetze und vom Strommarktdesign ab. Wir werden den Strommarkt weiterentwickeln, um Versorgungssicherheit umwelt- und kostenverträglich zu gewährleisten.

MEHR ÖFFENTLICHES W-LAN UND NETZNEUTRALITÄT

Mit einer Klarstellung der Haftungsregelungen werden wir Rechtssicherheit für alle WLAN-Anbieter schaffen. Damit ermöglichen wir mehr öffentliche W-LAN-Angebote. Außerdem wollen wir die Netzneutralität gesetzlich sichern, damit Meinungsfreiheit, Vielfalt und Innovation im Internet erhalten bleiben.

MEISTER-BAFÖG VERBESSERN

Wir haben eine Allianz für Aus- und Weiterbildung geschlossen, um mehr Ausbildungsplätze für junge Menschen bereitzustellen. Als nächstes wollen wir den beruflichen Aufstieg erleichtern, indem wir das Meister-BAföG ausbauen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Die Eingliederungshilfe unterstützt Menschen mit Behinderungen dabei, ihren Alltag selbstständig zu meistern und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Mit einem Bundesteilhabegesetz wollen wir diese Menschen aus dem bisherigen »Fürsorgesystem« herausführen und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln.

MENSCHENWÜRDIGES STERBEN ERMÖGLICHEN

Wir wollen die Betreuung Sterbenskranker durch die Hospiz- und Palliativmedizin verbessern und ein Lebensende in Würde und weitgehend ohne Schmerzen ermöglichen. Zudem soll Sterbehilfe gesetzlich geregelt werden. Ein breiter Diskussionsprozess soll Antworten finden, wie unsere Gesellschaft das Ende des Lebens gestalten und Menschen beim Sterben begleiten möchte.

Projekt Zukunft

#NeueGerechtigkeit

Die SPD-Fraktion denkt voraus. In sechs neuen Projektgruppen entwickeln wir Antworten auf die Fragen von morgen

Mit einer neuen Reforminitiative bereiten wir uns auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode vor. Wir suchen Antworten auf wichtige Herausforderungen der Zukunft. Dazu gehören die Globalisierung, die Digitalisierung, der demografische Wandel, aber auch Veränderungen der inneren und äußeren Sicherheit. Diese Entwicklungen bieten Chancen, aber auch Risiken. Deshalb wollen wir den Wandel gestalten – und darauf achten, dass es dabei gerecht zugeht. Denn nur eine gerechte Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft, die für die Zukunft gewappnet ist.

#NeueZeiten

Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel

#NeueGerechtigkeit bedeutet, dass alle – Frauen und Männer, Selbständige und abhängig Beschäftigte – die Möglichkeit haben, ihre individuellen Vorstellungen von Familie, Beruf und Freizeit besser zu verwirklichen. Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt können dazu einen Beitrag leisten, wenn sie entsprechend gestaltet werden. Was können wir tun, damit Beruf und Privatleben in der Balance bleiben und alle selbstbestimmter über ihre Zeit verfügen können?

#NeueChancen

Wertschätzung für Bildung und Arbeit

#NeueGerechtigkeit bedeutet, dass alle die gleichen Chancen auf gute Bildung haben – von der Kita bis zur Weiterbildung. Und zwar egal, woher man kommt oder was man besitzt. Was können wir tun, um unser Bildungssystem gerechter zu machen und Leistung und Talente ein Leben lang besser zu fördern?

#NeueErfolge

Vorsprung durch Innovation

#NeueGerechtigkeit bedeutet, neue Ideen und Innovationen zu fördern, die allen zugutekommen – für breiten Wohlstand, sichere Arbeitsplätze und eine gesunde Umwelt. Was können wir tun, um neue Ideen zu fördern, die Rahmenbedingungen für Innovationen zu verbessern und eine neue »Gründerzeit« zu schaffen?

#NeuesMiteinander

Einwanderungsland Deutschland

#NeueGerechtigkeit bedeutet, alle hier lebenden Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren, unabhängig von ihrer Herkunft oder der ihrer Familie. Was können wir tun, um Deutschland zu einem offeneren Land zu machen, in dem alle an der Gesellschaft teilhaben können und nicht nur nebeneinander, sondern miteinander zusammenleben?

#NeuerZusammenhalt

Gleichwertige Lebensverhältnisse

#NeueGerechtigkeit bedeutet, dass wir uns nicht spalten lassen in starke und schwache Regionen, in reiche Ballungszentren und arme ländliche Räume. Was können wir tun, um gleichwertige Lebensverhältnisse und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge (Nahverkehr, Gesundheit, Bildung, Kultur) in allen Regionen Deutschlands zu gewährleisten?

#NeueLebensqualität

Morgen gut leben

#NeueGerechtigkeit bedeutet, dass Lebensqualität nicht vom Geldbeutel und vom sozialen Status abhängt. Was können wir tun, um allen Menschen eine gute Gesundheitsvorsorge, gesunde Ernährung und gutes Wohnen zu ermöglichen?

Weitere Informationen:

www.spdfraktion.de/projekt-zukunft

HERAUSGEBERIN

SPD-Bundestagsfraktion, Petra Ernstberger MdB,
Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik, 11011 Berlin

HERSTELLUNG

SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit

TEXT & REDAKTION

Planungsgruppe, Öffentlichkeitsarbeit

ERSCHIENEN Juli 2015

GESTALTUNG knisterwerk.com

FOTOS

Vorwort, Seite 5 (@Susie Knoll)

Motiv »Mindestlohn«, Seite 8 und Seite 11

Fotolia (@froxx, ©Robert Neumann, ©felinda, ©Picture-Factory),
iStockphoto (@sturti)

Motiv »Familie«, Seite 12 und Seite 15

Photocase (@van dalay), iStockphoto (@Photolyric)

Motiv »Frauenquote«, Seite 16 und Seite 19

Getty Images, Veer (@vizualni)

Motiv »Bildung«, Seite 20 und Seite 23

123RF (@Joana Lopes/ximagination), Veer (@Wavebreakmediamicro)

Motiv »Bezahlbares Wohnen«, Seite 24

Shutterstock (@Sergey Peterman)

Motiv »Rente«, Seite 28

Fotolia (@Andrey Kuzmin), iStockphoto (@paparazzit)

Motiv »Energiewende«, Seite 32

Fotolia (@Piotr Skubisz), Shutterstock (@Eillen), 123RF (@tan4ikk)

iStockphoto: Seite 37 (@clu), Seite 41 (@Wavebreak)

Photocase: Seite 43 (@simonthon.com)

Veer: Seite 45 (@artjazz), Seite 48 (@william87)

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient
ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes
nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

GESETZLICHER MINDESTLOHN ✓

FRAUENQUOTE ✓

ELTERNGELDPLUS ✓

HÖHERES BAFÖG ✓

MEHR GELD FÜR BILDUNG ✓

MIETPREISBREMSE ✓

ENTLASTUNG DER KOMMUNEN ✓

MEHR INVESTITIONEN ✓

AUSGEGLICHER HAUSHALT ✓

NEUSTART DER ENERGIEWENDE ✓

MODERNES STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT ✓

RENTENREFORM ✓

BESSERE PFLEGE ✓

BESSERE GESUNDHEITSVERSORGUNG ✓

GLEICHSTELLUNG VON LEBENSPARTNERSCHAFTEN ✓